

Bezugspreis:

Für die erste Hälfte August 20000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für die erste Hälfte August für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheinland sowie Österreich und Ungarn 64000 M., für das übrige Ausland 75000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Voll“, der Unterhaltungsbeilage „Heimweh“ und der Beilage „Stellung und Stellungnahme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 8. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Reklamiergebühr kostet 20000 M. Reklamiergebühr 15000 M. Kleine Anzeigen das Setzgedruckte Wort 14000 M. (zweifach zwei Setzgedruckte Wörter), jedes weitere Wort 6000 M. Einzeilengeld das erste Wort 6000 M., jedes weitere Wort 4500 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 5000 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Dollarschikanweisungen untergebracht.

50 Goldmillionen für Lebensmittel.

WLB. meldet: Industrie, Handel und Banken haben es übernommen, der Reichsbank gegen Dollarschikanweisungen 50 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen sind gestern bis auf einzelne Gruppen, deren Beteiligung in den nächsten Tagen abgeschlossen wird, zu Ende geführt worden. Damit ist die aufgelegte Dollarschikanleihe untergebracht. Die Devisen werden in der Hauptsache der Beschaffung notwendiger Lebensmittel dienen, so daß insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Getreide gesichert ist.

Die Arbeit des Reichstags.

Der Reichstag tritt heute zusammen, um sich mit der Eile, die die Not gebietet, über die Finanzvorlagen der Regierung und die etwa hinzutretenden Initiativanträge der Parteien schlüssig zu machen. Die gestrige Beratung beim Reichskanzler, an der alle Fraktionsvorsitzenden mit Ausnahme der kommunistischen teilnahmen, ist so verlaufen, daß mit einem weitgehenden Entgegenkommen der Regierung und der bürgerlichen Parteien an die Forderungen der Sozialdemokratie gerechnet werden kann. Spät ist die Erkenntnis durchgedrungen, daß nur noch von radikalen Maßnahmen Hilfe zu erwarten ist, und sie wird vielleicht, wenn sich der Einfluß der Interessenten in den bürgerlichen Fraktionen wieder geltend macht, noch einmal um den Sieg zu kämpfen haben. Für diesen Fall wäre mit einer sehr dramatischen Entwicklung der Reichstagstagung zu rechnen.

Eine besondere Bedeutung in den kommenden Beratungen dürfte der Garantie für die wertbeständige Anleihe zukommen, die nach der Auffassung der Sozialdemokraten viel fester gestaltet werden muß, wenn die Anleihe den erwünschten Erfolg haben soll.

Auch die Frage der Markstützung spielte in der Fraktionsführerbefprechung beim Reichskanzler eine große Rolle. Es war aber keine Rede davon, sie etwa im Sinne des 8-Uhr-Abendblattes zu behandeln, das in schreienden Leitern verkündet: „Die Papiermark wird aufgegeben! Bevorstehende Aufhebung aller Stützungsmaßnahmen.“ Diese mit Mitteln der Publizistik betriebene gemeingefährliche Waispekulation gehört auch zu den Dingen, denen die Regierung ihre „pflichtgemäße Aufmerksamkeit“ zuwenden sollte.

Ueber die Dauer der heute beginnenden Reichstagstagung läßt sich Bestimmtes schwer voraussagen. Selbstverständlich muß der Reichstag zusammenbleiben, bis alle notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen getroffen sind.

Die heutige Sitzung, die um 3 Uhr beginnt, wird nach den Reden des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers geschlossen werden, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den Regierungserklärungen Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion tritt schon vor der Sitzung um 1 Uhr zusammen.

Ueber die Parteiführerbefprechung beim Reichskanzler ist folgende halbamtliche Mitteilung herausgegeben worden: Gestern fand beim Reichskanzler eine Befprechung mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und der Deutschnationalen Volkspartei statt (der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei war noch nicht nach Berlin zurückgekehrt). Alle Anwesenden waren sich darüber einig, daß im Mittelpunkt der Probleme die Aufgabe stünde, der weiteren Inflation unter allen Umständen ein Halt zu gebieten. Die Vorschläge der Regierung zur Erreichung dieses Zieles durch eine energische Steuerpolitik in Verbindung mit einer großen inneren wertbeständigen Anleihe fanden grundsätzliche Zustimmung. Volle Ueber-

einstimmung herrschte auch darüber, daß die hierzu erforderlichen Befehle mit größter Beschleunigung zu verabschieden seien, um die rascheste Erhebung wirksamer Steuern, sowie die notwendigen Garantien für die aufzuliegende Goldanleihe sicherzustellen.

Frankreich und die Goldanleihe.

Wieder ein französischer Sabotageversuch?

Es ist noch erinnerlich, wie Frankreich seinerzeit in der Reparationskommission Erwägungen darüber anstellte, ob die Dollarschikanweisungen des Deutschen Reiches gebilligt oder Einspruch gegen sie erhoben werden sollte. Manche Kreise haben mit diesen Beratungen der Reparationskommission den Mißerfolg, den die damalige Anleihe hatte, zu bemängeln versucht, obwohl fraglos lediglich der Mangel an Opferbereitschaft, den das Privatkapital befandete, den Fehlschlag der Devisenanleihe herbeigeführt hat. Auch jetzt sucht man in Frankreich die Reparationskommission für die neue Goldanleihe des Reiches zu interessieren.

Der „Temps“ macht laut Est-Europe den Vorschlag, daß sich die Reparationskommission mit der von Deutschland aufzunehmenden Anleihe in Höhe von 500 Millionen Goldmark beschäftigen solle, denn die deutschen und ausländischen Zeichner müßten für diese Anleihe Garantien erhalten. Diese Garantien könnten jedoch nur in deutschen Sachwerten bestehen. Andererseits müsse ein so großzügiges Projekt, das die finanzielle Zukunft Deutschlands engagiere, auch die Zustimmung der Reparationskommission finden. Bei dieser Gelegenheit könnte sich diese dann auch gleichzeitig mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands befassen. Ebenso könnte aus diesem Anlaß die Mittel Deutschlands für die Reparationszahlungen überprüft werden. Der „Temps“ fragt das englische Kabinett, ob es auf diesem Wege die Befprechungen mit den Alliierten wieder aufnehmen wolle.

Die Äußerungen des „Temps“ machen durchaus den Eindruck, als ob man auch diesmal die Goldanleihe des Reiches fördern will. Die beabsichtigte Ausgabe von zunächst fünfshundert Millionen Goldmark spielt für einen Haushalt wie den des deutschen Volkes, wenn erst einmal gesunde Währungsverhältnisse erreicht sind, eine ebenso geringe Rolle wie für die Reparationszahlungen. Ueberdies hat ja Frankreich bisher alle Versuche, die Reparationszahlungen durch eine internationale Anleihe aufzubringen, mit seiner törichtesten Reparationspolitik durchkreuzt und die Taube auf dem Dache — ein Ruhrgebiet, das nicht arbeitet — dem Sperling in der Hand, den die deutsche Regierung mit ihrem Reparationsprogramm anbot, zurückgewiesen. Insofern ist das Interesse der Reparationskommission an der deutschen Goldanleihe nicht ersichtlich. Würde man, daß Frankreich sich jetzt zu einer sachlichen Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands für die Reparationszahlungen entschließen würde, so könnte man gleichwohl derartige Beratungen nur wünschen; freilich würden diese sicherlich ergeben, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands durch das Ruhrabenteuer und während der Dauer der Ruhrbesetzung mindestens nicht gestiegen ist.

Die anhaltende Dollarsteigerung.

Im gestrigen Devisenfreiverkehr setzte sich die Dollarhaufse nach der amtlichen Kursfestsetzung noch weiter fort. Der Dollar stieg bis auf 4 Millionen, gab dann aber wieder auf etwa 3,8 Millionen nach.

Das letzte Stadium.

Der Marktverfall hat verschiedene Stufen durchlaufen, die man kennen muß, um das ungeheure Bedrohliche der gegenwärtigen Situation ganz zu verstehen. Schon im ersten Stadium, wo die Marktsenkung verhältnismäßig langsam voranging, war in der Großindustrie und im Großhandel die Tendenz bemerkbar, die Mark als Maßstab des Wertes auszuhalten und in Dollar zu kalkulieren. Als dann im Frühjahr 1920 die Mark sich zeitweilig erheblich besserte und verhältnismäßig stabil blieb, blieb die Mark auch in dem größten Teil der Wirtschaft noch als Wertmaßstab erhalten. Das änderte sich im Jahre 1922 und insbesondere, seitdem nach der Ermordung Rathenaus eine stürmisch vorangehende Höherbewertung der Devisen einsetzte. Die Mark hörte für den größten Teil von Großindustrie und Handel auf, Wertmaßstab zu sein, die Preise wurden zwar noch in Papiermark berechnet, die Papiermark war weiter Zahlungsmittel, aber die Kalkulation erfolgte immer mehr in Dollar.

Parallel mit dieser Bewegung hörte die Papiermark auf, Wertaufbewahrungsmittel zu sein; die entwertete Mark konnte nicht mehr zum Sparen benutzt werden. Die Spareinlagen gingen rapide zurück. In Goldmark berechnet, sanken sie von 20,5 Milliarden im Jahre 1914 auf 0,2 Milliarden im Dezember 1922. Ähnlich war auch — in Goldmark berechnet — der Rückgang der Bankdepotiten. Die Folge war eine zunehmende Verknappung auf dem Kapitalmarkt und steigende Zinssätze trotz der Vermehrung der Notenflut. Dabei ist aber zu beachten, daß die Zinssätze trotz ihrer nominellen Höhe in den meisten Fällen für den Gläubiger keine Entschädigung für den Verlust boten, den er erlitt, wenn sein ausgeliehenes Kapital in entwerteter Papiermark zurückgezahlt wurde. In der Privatwirtschaft ging man allmählich dazu über, die Kredite in irgendeiner Form wertbeständig zu machen, nur die Reichsbank hielt unentwegt an der Gewährung von Papiermarkkredit fest.

Dabei blieb aber die Entwicklung nicht stehen. Zunächst begann der Außenhandel, dann die ausländische Rohstoffe verarbeitende Großindustrie, schließlich die gesamte Großwirtschaft auch im inneren Verkehr statt Mark Devisen als Zahlungsmittel zu fordern. Die Gefahr war da, daß die Mark aus ihrer entscheidenden Funktion als Zahlungsmittel immer mehr verdrängt wurde. Ging diese Entwicklung weiter, so mußte schließlich der Zeitpunkt eintreten, wo man für Mark nicht mehr alle Waren kaufen konnte. Dies bedeutete aber, daß die Mark auch im inneren Verkehr eine rapide Entwertung erfahren mußte. Da dem Marktverfall im Auslande kaum mehr eine genügende Nachfrage gegenüberstand und auch ein ganz geringes Angebot von Mark bereits außerordentliche Kurssteigerungen verursachte, so mußte die Entwertung rapide zunehmen. Dem versuchte man Einhalt zu tun durch die Bestimmung der Devisenordnung, welche die Bezahlung in Devisen allgemein verbot und nur den Importeuren eine Ausnahme gestattete. Diese Bestimmung allein konnte aber auf die Dauer nicht viel nützen. Als wirksam erwies sich nur die Stützungsaktion zu Beginn dieses Jahres.

Mit ihrem Zusammenbruch hat nun aber das letzte Stadium der Inflation begonnen, und was das bedeutet, darüber muß man sich klar werden, um eine furchtbare Katastrophe zunächst der Staatsfinanzen und in deren Gefolge die Katastrophe der deutschen Wirtschaft zu verhindern.

Die Mark hört jetzt auf, Zahlungsmittel für den größten Teil der Wirtschaft zu sein. Dieser Teil umfaßt aber jetzt nicht mehr bloß die Kreise der Großindustrie und des Großhandels. Wir haben in den letzten Wochen beobachtet, daß weite Kreise der Landwirtschaft sich weigern, ihre Produkte gegen die rapide sich entwertende Mark herzugeben. Und in den letzten Tagen greift die Bewegung über auf die Kreise des Einzelhandels. Das heißt, ein großer Teil von Waren kann von den Konsumenten, die ja über nichts anderes verfügen als über Papiermark, nicht mehr gekauft werden. Die Anschaffung des Lebensunterhalts, die tägliche Versorgung des Haushalts ist gefährdet.

Die ungeheure Gefahr ist also jetzt da, daß die Mark auch im Kleinerkauf aufhört, Zahlungsmittel zu sein. Es ist ganz klar, daß dieser Zustand nicht von Dauer sein kann. In kurzer Zeit müssen die Arbeiter ein Zahlungsmittel verlangen, daß vom Einzelhandel und von der Landwirtschaft angenommen wird. Und diese Forderung würde selbstverständlich übergreifen von den Arbeitern der Privatwirtschaft auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Staates. Der Staat hat aber kein anderes Zahlungsmittel als die Papiermark. Es ist deshalb für ihn zur unmitelbaren Frage seiner Existenz, zur Frage der Aufrechterhaltung der Staatswirtschaft geworden, daß die Papiermark sich nicht mehr entwertet. Das bedeutet aber, daß er den weiteren Notendruck einstellen muß. Die Inflation hört auf, ein Mittel der Finanzierung zu sein, die Inflationssteuer wird in kürzester Zeit keinen Ertrag mehr bringen.

Dieselbe Entwicklung würde aber auch eintreten, wenn der Prozeß des Zurückweizens der Mark als Zahlungsmittel

Neue franko-belgische Konferenz in Sicht.

Paris, 7. August. (WLB.) Es wird bestätigt, daß demnächst eine Besprechung zwischen den französischen und belgischen Ministern stattfinden werde, in der verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Befestigung des Ruhrgebietes geprüft werden sollen. Im Gegensatz zu der heutigen Meldung des „Matin“ wird festgestellt, daß der Zeitpunkt für die Besprechung noch nicht bestimmt sei.

Drohende britische Kabinettskrise.

London, 7. August. (TL.) Man glaubt, daß, ehe Baldwin die im Kabinett herrschenden Widerspenstigkeiten alle wieder auf eine gemeinsame Linie gebracht haben wird, es zum Rücktritt von Ministern kommen dürfte. Der für heute zusammenberufene Kabinettsrat ist bis Donnerstag oder Freitag vertagt worden. Baldwin, der heute vormittag nach London zurückgekehrt ist, will die Zwischenzeit benutzen, um mit den Mitgliedern seines Kabinetts persönlich zu konferieren und sie zu seiner Politik in Frankreich und Deutschland gegenüber zu bekehren. Er hat, wie

verlautet, jetzt schon sämtliche führenden Mitglieder des Kabinetts hinter sich, vom ganzen Kabinett aber nur drei Viertel.

Das Außenamt teilt der Presse mit, daß die Veröffentlichung der englisch-französischen Reparationsdokumente auf die nächste Woche verschoben worden ist. Die englische Regierung geht dabei von der Erwägung aus, daß der Tod Hardings und die Besetzungsfeststellungen für denselben im Augenblick die öffentliche Aufmerksamkeit doch zu sehr von den übrigen politischen Angelegenheiten ablenken.

London, 7. August. (WLB.) Reuter meldet: Das Kabinett wird bei seiner morgigen Zusammenkunft wahrscheinlich die Antwort an die französische Regierung bezüglich der Ruhrfrage und der Frage der Reparationen erwägen. Diese Antwort wird Frankreich möglicherweise am Mittwoch übermittelt werden. Die japanische Antwort auf den britischen Antwortentwurf an Deutschland und auf die Mantelnote ist durch den japanischen Botschafter dem Foreign Office übermittelt worden; sie zeigt, daß die japanische Regierung mit Großbritannien in der Reparationsfrage im wesentlichen übereinstimmt.

„Evening Standard“ hält es für zweifelhaft, daß der Premierminister und Lord Curzon in der Lage sein werden, vor dem 20. August ihre Urlaubereisen anzutreten.

sich noch länger hinausschieben würde. Denn wer waren die Kreise, die die Inflationssteuer gezahlt haben? Das war zuerst der Mittelsstand, die Besitzer von Papiermarkvermögen und Papiermarkrenten. Diese Kreise sind vollständig expropriert worden. Zu einem Teil zugunsten der öffentlichen Finanzen, zum weitaus größeren Teil zugunsten der Sachwertbesitzer, die die Geldentwertung auf diese Schultern abladen. Die zweite große Schicht, die die Inflationssteuer trug, waren die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die automatische Verringerung ihrer Bezüge finanzierte zu einem Teil den Staat, zum anderen steigerte sie die Profite und Renten. Einen anderen Teil der Inflationssteuer trugen jene Teile der Wirtschaft, die unter Zwangswirtschaft standen. Und schließlich trugen zur Steuerleistung bei alle diejenigen, die Papiermarkbeiträge irgendwie länger in Sparkassen, Depositionen oder auch zu Hause ließen.

Diese Steuerabführung hört nunmehr auf. Das Papiermarkvermögen ist restlos expropriert. Die Arbeiter und Angestellten wehren sich mit zunehmender Energie gegen die Inflationssteuer, indem sie die Wertbeständigkeit ihrer Bezüge sich zu sichern suchen. Die Zwangswirtschaft ist fast restlos beilegt. Die Flucht aus der Mark hat den Wert der Papiermarkbeiträge, die von den Privaten gehalten werden, auf ein Minimum reduziert. Dies alles erklärt, warum die Reichsfinanzen trotz der wahnsinnigen Arbeit der Notenpresse auf diese Weise nicht länger aufrechtzuerhalten sind. Die Schichten, die bisher der Inflationssteuer unterlagen, aus denen läßt sich nichts mehr herausholen.

Der Versuch, die Geldentwertung auf andere abzuwälzen, ist ganz allgemein geworden. Die Allgemeinheit dieses Versuches aber führt eben zur völligen Zurückweisung der Mark. Das ist das letzte Stadium der Inflation, und das zwingt nunmehr den Staat, diese Art der Finanzierung, die keine mehr ist, aufzugeben. Der Staat kann die Katastrophe nur vermeiden, wenn er seine Ausgaben restlos deckt durch Steuern und durch Anleihen. Der Versuch, der jetzt unternommen wird, bedeutet deshalb die letzte Rettungsmöglichkeit. Und deshalb muß der Reichstag die Steuern schnell und im genügenden Ausmaß bewilligen.

Man muß sich aber vollständig klar sein, daß „genügend“ in diesem Falle identisch ist mit vollständiger Deckung der Staatsausgaben während der nächsten Monate durch Steuern und Anleihen. Wenn ungedeckte Restbeträge zurückbleiben, wenn es nicht gelingt, während der nächsten Zeit zunächst einmal die Notenpresse vollständig zum Stillstand zu bringen, so können die Folgen verheerend sein. Denn jede Schaffung neuer künstlicher Kaufkraft, jede ungedeckte Notenvermehrung würde den Versuch auslösen, die neuen Notenmengen im Inland oder Ausland gegen Devisen zu verkaufen. Damit würde wiederum der Kursdruck gesteigert, der Prozeß der Zurückweisung der Mark als Zahlungsmittel würde weitergehen.

Gelingt es aber, die Inflation zu hemmen, dann ist die Möglichkeit gegeben, durch eine energische und planmäßige Reichsbankpolitik dem weiteren Währungsverfall Einhalt zu tun. Daß dazu eine Änderung der völlig unfähigen Reichsbankleitung, die im In- und Auslande vollständig diskreditiert ist, unbedingt erforderlich ist, werden wir solange wiederholen, bis diese Forderung erfüllt ist. Eine Stützungs- und Interventionspolitik ist notwendig, weil die Mark im Auslande fast unverkäuflich ist, dem Angebot deutscher Mark also keine Nachfrage gegenübersteht. Diese Nachfrage muß die Reichsbank durch ihre Intervention schaffen, um eine weitere Markverflechtung vom Ausland her zu verhindern. Dafür muß die Wirtschaft aus ihren Devisenbeständen der Reichsbank einen ausreichenden Fonds zur Verfügung stellen. Daß sie im Innern ihre inflationistische Politik aufgeben und die Kreditgewährung in Papiermark einstellen muß, ist für alle, außer für Herren Hapensstein, eine Selbstverständlichkeit.

Von der Regierung muß verlangt werden, daß sie begreift, daß nur ein solcher Gesamtplan in seiner Vollständigkeit die Katastrophe aufzuhalten vermag. Nur eine innere Politik, die sich selbst zu helfen weiß, die

endlich dem Auslande durch Taten beweist, daß der Widerstand der Interessenten und Inflationsgewinnler gebrochen wird, nur eine solche innere Politik kann uns auch in der auswärtigen Politik vorwärts bringen und die Voraussetzungen schaffen, die eine aktive, die machtpolitischen Realitäten richtig würdige Außenpolitik zur Lösung der Ruhrfrage wird benützen können.

Der Markzusammenbruch in englischer Beleuchtung.

London, 7. August. (U.) Der Handels-Mitarbeiter der „Times“ beschäftigt sich heute ausführlich mit dem Zusammenbruch der deutschen Mark und weist darauf hin, daß die deutsche Mark vor einem Monat am Sterling gemessen achtmal soviel wert gewesen ist wie heute. Die rasende Entwertung der Mark in dieser Zeit bedeutet allerdings noch nicht, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands ebenfalls achtmal schlechter geworden sei. Es bedeute einfach, daß die deutsche Mark überhaupt keine Beziehung mehr zum gegenwärtigen Wirtschaftsmarkt habe. Das Vertrauen in die deutsche Währung sei vollkommen verschwunden, in anderen Worten, das deutsche Münzsystem sei niedergebrosen. Es sei lediglich eine Frage der Zeit, eine neue deutsche Währung zu schaffen, die aber nicht auf der Basis der bisherigen ausgebaut werden könne. Von einem Währungszusammenbruch drohten schwere soziale und andere Gefahren, und dies sei auch das Charakteristikum der heutigen phantastischen Vorgänge an den Börsen. Deutschland habe jetzt eine starke Hand nötig, wenn es vor dem Zusammenbrüche bewahrt bleiben wolle, der es jetzt so furchtbar bedrohe.

Die verbotene Verfassungsfeier.

Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission.

Wie aus Speyer telegraphiert wird, hat die Interalliierte Rheinlandkommission anlässlich des Verfassungstages am 11. August im besetzten Gebiet jede Beflaggung und jede nach außen hin hervortretende Kundgebung verboten.

Der 11. August ist der Tag, an dem die republikanische Verfassung des Deutschen Reiches vor vier Jahren in Kraft trat. Es wird in der Welt, besonders vielleicht in Amerika interessieren, daß im besetzten Gebiet dieses Tages in keiner nach außen hin hervortretenden Kundgebung gedacht werden darf. Es läßt sich daran ersehen, bis zu welcher Vollkommenheit das große Befreiungswort gebrochen ist, das unter hervorragender Mithilfe der Vereinigten Staaten am deutschen Volke vollbracht wurde.

Allerdings hat die unglückliche Bevölkerung der besetzten Gebiete keinen Anlaß, des Zustandekommens dieser Verfassung als einer besonderen Errungenschaft zu gedenken, denn von dieser Errungenschaft ist für sie unter der fremden Willkürmacht nichts übrig geblieben. Für sie existieren die Rechte, auf die ein Republikaner stolz ist, nicht, sie sind nichts als die willenlosen Objekte einer zügellosen Säbelherrschaft.

Die Interalliierte Rheinlandkommission handelt durchaus konsequent. Im besetzten Gebiet ist ein Bekenntnis zur Demokratie weiter nichts als Rebellion, und ihre Aufgabe ist es, den Ruf nach Freiheit zu ersticken. Aber vielleicht dringt er von hier aus in die Welt!

Der Verfassungstag in Hessen.

Darmstadt, 7. August. (Mitt.) Das hessische Landesamt für das Bildungswesen fordert in einem Aufruf zur Verfassungsfeier am 11. August die Jugend Hessens u. a. auf, den Gedenktag der Verfassungsgebung nicht nur als Erinnerungstag, sondern auch als einen Tag des vaterländischen Bekenntnisses zu begreifen. Im Hinblick auf die Geschichte des deutschen Volkes, die reich an Wechselfällen sei, und die große Zahl von Geistesheiden der deutschen Vergangenheit, die uns Vorbild einer Vaterlandsliebe, die nicht prahlt und redet, sondern schafft und bildet, heißt es in dem Aufruf weiter, ist ein schlechter Deutscher, der sein Land nur lieben kann, wenn es im Stange seiner Macht steht, der ihm aber nicht die Treue hält, wenn es von außen und innen bedroht ist. Kein

Lippenkennnis darf diese Treue sein, sondern ein Bekenntnis der Tat. Die Treue zu Land und Volk verlangt von uns, daß wir keine Herabwürdigung seiner Einrichtungen oder seiner führenden Männer dulden, geschweige denn selbst begehen. Sie verlangt von uns, daß wir die Gegenwart mutig begreifen. Wir wollen unserem Volke und unserem Staate, d. h. unserem Vaterlande, die Wärme unseres Herzens und die Arbeit unserer Hände schenken im Gedenken, daß seine Wohlfahrt auch unsere Wohlfahrt ist und daß unsere Treue, die wir ihm halten, hundertfältig vergolten wird.

Die bayerischen Demokraten nicht in der Lage . . .

München, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) Da die bayerische Regierung die Abhaltung der Verfassungsfeier auf dem Königsplatz verboten hat, erfolgt die große Kundgebung der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften für die Republik auf der Theresien-Wiese vor der Bavaria. Um unabhängig von den politischen Parteien eine neutrale Plattform für die Teilnahme an der Feier zu schaffen, hat der Republikanische Reichsbund Einladungen u. a. auch an die Bayerische Volkspartei und die in ihre vereinigten christlichen Arbeiter gerichtet, ebenso an die Deutsch-Demokratische Partei. Während die Herrschaften um Annullierung des Reichsbundes nicht einmal einer Antwort gewürdigt haben, stehen die Deutsch-Demokraten wissen, daß sie leider nicht in der Lage seien, die Verfassungsfeier nach außen hin mit ihrem Namen zu decken!

Deutschnational gegen Cuno.

Der „Tag“ fordert Beschlagnahme der Produktionsstätten.

Von niemand ist die Regierung Cuno so kränzlich begrüßt und so hartnäckig verteidigt worden als von den Deutschnationalen, besonders in ihrer Presse. Das ging sogar soweit, daß deutschnationale Bayern erklärten, wenn Cuno stürze und etwa eine Regierung unter Beteiligung von Sozialdemokraten zustande käme, dann würde das Ende des Deutschen Reiches gekommen sein.

Jetzt aber ist gerade im deutschnationalen Lager die Stimmung vollkommen umgeschlagen, trotzdem Helfferich zu den einflussreichsten Gästen der Reichskanzlei zählt. Nachdem Maurenbrecher am Sonntag bereits die „Cuno-Bilanz“ gezogen hatte, folgt jetzt der deutschnationale „Tag“ Hugenbergs mit einer Abhandlung über den „Tod der Mark“. In dieser Abhandlung wird nichts mehr und nichts weniger gefordert als die Beschlagnahme der Produktionsstätten! So heißt es:

Als Feind jeder dauernden Staatswirtschaft sagen wir jetzt, daß jeder eine zeitweilige Beschlagnahme aller Produktionsstätten und eine Androhung allerhöchster Strafen auf Proleten- und Effekten-spekulationen getroffen werden kann, um den Staat vor seiner Auflösung, vor neuen Stürzen in ökonomische, politische Umwälzungen zu schützen. Da der Parlamentarismus mit seiner langsam und trübsalvoll arbeitenden Majorität sich mit derartig einschneidenden Maßnahmen nicht wird einverstanden erklären, wenn er überhaupt die Beweiskraft des Augenblicks erfährt, so bleibt als einziges die Diktatur . . .

Selbstverständlich meint der „Tag“ nicht die „Diktatur des Proletariats“, trotz Kevontlow! Vielleicht eine Diktatur Helfferichs? Denn das Blatt fordert, daß Reichsbankpräsident, Wirtschaftsministerium und Finanzministerium sich zusammenschließen, um gemeinsam die diktatorischen Maßnahmen zu beschließen. Und wenn diese „nach den Männern rufen, die einen einheitlichen Gedanken entwickeln können“, so würden diese Männer nicht fernbleiben. Also heran, Herr Helfferich! Das Milliardenpiel von Kriegsjahren her kann wiederholt werden!

Ein hartes Urteil. Der Ferienort des Reichsgerichtspräsidenten den Dreher Gerhard Streng, Regensburg, wegen Landesverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus. Streng war im März 1916 in der Champagne von der Wache zu den Franzosen übergelaufen und hatte diesen die deutschen Stellungen verraten. 1920 leitete Streng aus der Gefangenschaft zurück und wurde im Dezember 1922 wegen Verrats verurteilt. Der Angeklagte war geständig. Der Reichsanwalt hatte zehn Jahre Zuchthaus beantragt.

Fahrt nach Lettland.

Von G. W. C.

Um Mitternacht geht's fort von Berlin, das gröhlt und lärmst in Nachkolonnen und auf den Straßen. Der Zug trägt einen fort von alledem, von banger Frage nach Mark und Dollar und allem anderen, was das Leben schwer macht.

Gleichmäßiges Schnaufen der Lokomotive bringt Schlaf; kurzes Ausschrecken nur, wenn's ruft: „Landsberg an der Warthe, Schandemühl, Preußisch-Friedland.“ Durch den polnischen Korridor: Die Wagen werden friebliedert, die Fenster geschlossen. Endlich Luft, die Marienburg grüßt, auf der anderen Seite das Frische Hoff und die Ostsee. Königsberg, Insterburg, Eydtkuhnen.

Aufenthalte. Schmutzige neue Häuschen, die, lustig bunt, rot und blau und grün und gelb, gar nicht recht in die Grenznebel passen, stehen an Stelle der zerfallenen grauen Kästen.

Am zweiten Vormittag wird die Grenze passiert. Litauen, das Gebiet von „Oberost“.

Hinter Komno traurig ödes, vernichtetes Land, daß man die Faust ballt. Sehr weite Strecken mit Baumstümpfen nur, denen man das müde Ansehen ansieht. Verfallene und überwucherte Schützengräben; hin und wieder Kreuze, einfache, aus Holz roh gerichtet. Eins auf einem Hügel einsam, häßlicher vier, fünf bei einander. Gräber, in denen viele ruhen, die dem Krieg geopfert wurden. Und auf allem die eine glühende Sonne. — Da trampfte sich das Herz zusammen, und nur die eine wilde Frage ist da: Warum das? — Und ein starkes, heißes Wollen wächst daraus: „Brüder, nie wieder Krieg!“

Der Zug fährt und fährt, und immer weiter vernichtetes Land, bis endlich, hinter Lettlands Grenze, Wald aufsteht. Grüner Wald, Kornfelder, kleine Dörfer und unzählbar viel Windmühlen; im Gegenlicht zu Litauen scheint das Land reich zu sein. Hier hat der Krieg nicht so gewüthet.

Erst bei Riga, wo die „Helden vom Baltikum“ den „roten Schrecken“ bekämpft haben, sieht man wieder Schützengräben, furchen und Hausruinen. Die machen den tiefsten Eindruck: ein Kellerraum, ein paar Pfosten, auch fast unbeschädigte Häuser, denen nur das Dach oder eine Seitenmauer oder Türen und Fenster fehlen. Aber sie sind ganz tot und verlassen. Merkwürdig ist, daß so viel oder auch so wenig noch steht. Bei uns hätte man längst die Bauten instand gesetzt, oder sonst hätten Liebhaber Holz, Glas und anderes weggetragen. Daß dort um Riga alles steht, und daß es so steht, gibt der Gegend den Schein des Ausgestorbenseins.

Nah bei Riga, zum Strand zu, stehen inmitten der bewohnten Häuser viele verlassen. So eine große Fabrik, in der nichts beschädigt scheint, außer ein paar Scheiben, die ein Zufall herauswarf. Rur dort, wo die Hauptwertanlage war, ist alles zerstört: man hatte zum Schutz vor den entrückenden Deutschen die Maschinen herausgeholt und nach Rußland gebracht. Jetzt sind sie wer weiß wo; der

Besitzer ist verschollen; kein Mensch kümmert sich darum. Der Staat überläßt dies Haus und viele andere dem gänzlichen Verfall.

Eine gute Stunde Bahnfahrt von Riga erstreckt sich der breite Strand. Die mächtig hohen Dünen sind zum Teil stark bewaldet. Reges Badelieben spielt sich ab. Anders als im deutschen Ostseebad. „Bürgen“ gibt's nicht, jedes liegt, wo's ihm gerade gefällt. Und jeder labet, wo er will. Aber das ist auch kein Baden, wie wir es treiben, mit Schwimmen, Tauchen und Springen. Die Leute benutzen das Meer als bessere Badewanne, reinigen sich, bleiben am Rande sitzen und lassen sich abspülen. Das ist alles; Schwimmer sieht man ganz selten. — Morgens ist zwei Stunden lang Damentageszeit, d. h. es darf und läßt sich kein männliches Wesen blicken. Dann wird in Coos Kostüm (vor Austritt der Schlangel) „gebadet“ (lies: „abgewaschen“) oder in merkwürdig langen Hemden, die eigens zum Baden angezogen werden und bis an die Knöchel reichen. Daß ein derart belleidetes Wesen sich im Wasser nicht viel bewegen kann, ist ja selbstverständlich.

Das ist der Rigaische Strand; Wochenendausflugsort der weniger bemittelten, Sommerwohnplatz der bestgestellten Rigaer. Und hier am Strand, wo alle Welt froh und friedlich scheint, wird man wieder an den Krieg erinnert. Dort zog sich die Front entlang, Schützengräben sind in den Wiesen zu sehen, leer, teilweise bis auf die Grundmauern zerstörte Häuser; in den Strandorten zwischen den kleinen Sommerhäuschen und wenigen vornehmen Einzelwillen. Am Strand, jenseits der Dünen, denkt man, sei alles verschont, aber immer und immer wieder gräbt die sich in den Sand wühlende Hand Patronen, Geschosshülsen aus, Zeugen einer trübsinnigen Zeit.

Wie das Leben und Treiben in Riga und die Menschen dort sind, soll ein andermal erzählt werden.

Der Journalist für alles. In einer der letzten Nummern des Arbeitgeberblattes „Der Zeitungsoerlag“ stand folgendes Inserat:

Redakteur, der sich über Erfolge im Zeitungswesen ausweisen kann, tunlichst gelehrter Buchdrucker, mit Kenntnissen in der Druckmaschinen- und Druckfabrikation, auf Grund des Prekariats, gesucht. Stelle Nähe Duisburg. Der Gesuchte muß die Fähigkeit und den Willen besitzen, Abonnenten heranzuziehen und Inkrenten zu gewinnen. Th. Fink, Groß-Berau.

Herr Th. Fink, der einen Redakteur zur Inkrentenwerbung, also zur Korruption anhält und darin vom Organ der deutschen Zeitungsoerleger unterstützt wird, empfing von einem stellungs-suchenden Berliner Journalisten diesen Brief:

Hochachtungsvoll Herr Verlegermeister,

hiermit erlaube ich mir höflich, mich um die ausgeschriebene Stelle zu bewerben.

Ich bin seit fünfzehn Jahren in der Journalistik tätig und verfüge über einen prima reinwollenen Feuilletonstil. Ich schreibe erstklassige, dem Niveau Ihres Publikums angemessene Zeitartikel,

humorvolle Vokalpremiere, flotte populäre und wissenschaftliche Sportartikel, Blaudereken über alle Gebiete menschlichen Wissens außer Hindostani, Kisuaheli und Sogdian, und verleihe mit Ueberzeugung jede von Ihnen gewünschte politische Richtung.

Ueber meine Fähigkeiten als Buchdrucker sowie in der Druckmaschinen- und Druckfabrikation kann ich beste Zeugnisse aufweisen. Ebenso bin ich firm in der Inkrentengewinnung und verleihe durch mein heiteres, sonniges Gemüt selbst eingefleischte Hypochonder zu begeisterten Abonnenten zu machen.

Ich bin gern bereit, auch in Ihrem wertigen Haushalt tätig zu sein. Meine diesbezüglichen Fähigkeiten erstrecken sich auf Kartoffel sähen, Gemüse und Fenster putzen, Ofen heizen, Aufwischen, Schnee fegen, Wäsche waschen, Kinder warten, Damen frisieren, Hunde abrichten, Schafe speren und Wurst machen.

Da ich das medizinische Studium vollkommen absolviert habe, empfehle ich mich zugleich zum Hämorrhoidenschneiden, zur Massage der Hüftgelenke, zur Verabfolgung von Klister und bin bereit, die alte Großmutter im Park spazieren zu fahren.

Meine Ansprüche sind bescheiden: ich begnüge mich mit vegetarischer Kost und einem Taschengeld. Arbeitszeit von 8 bis 8, auf Wunsch länger. Nach Schluß der redaktionellen Arbeitszeit erbitte ich mich zum Aufräumen der Werkstatt und Zeitungsausbringen.

Ich bitte um einen freien Nachmittag aller vierzehn Tage, bin jedoch bereit, diese Freizeit hindurch Antrout auszuführen, wobei ich bei Ihnen gern den Anfang machen möchte.

Hochachtungsvoll Karl Barstadt.

Ausstrahlungen des menschlichen Körpers. Reichenbach hat feinerzeit angegeben, daß der Mensch im Dunsteln selbst leuchte. Diese Tatsache, die weiterhin von Charpentier, Broca, Radas, Richet, Rott, Böhm u. a. bestätigt wurde, wird heute allgemein als „Körperstrahlung“ bezeichnet. So berichten verschiedene Forscher, daß ein Schwefelkalkiumschirm in der Nähe des menschlichen Körpers aufleuchtet. Prof. Joliot in Paris und Dr. Raaf in Hamburg haben unabhängig voneinander Apparate konstruiert, in denen eine am Kalkschirm aufgehängte Röhre aus leichtem Sonnenblumenmark Bewegungsercheinungen zeigte, wenn sie in die Nähe von Körperleuten gebracht wurde; bei diesen Versuchen waren natürlich Fehlerquellen wie Wärmestrahlung, Licht, Erschütterungen usw. sorgsam ausgeschaltet worden. Diese merkwürdigen Erscheinungen sind nun restlos geklärt, einerseits durch die Untersuchungen von Prof. Haschel in Wien, welcher zeigen konnte, daß durch die Ausdehnungstätigkeit Butterfäure auf die Hautoberfläche kommt und dort bei langamer Oxydation schwache Lumineszenzstrahlen ausstrahlt; andererseits verdanken wir Dr. Coon vom Heidelberger Krebsforschungsinstitut die Entdeckung der Bioreaktivität. Dieser fand in den Organen des Körpers Spuren radioaktiver Substanz, die ionisierend und chemisch auf der photographischen Platte tätig waren. Die in den Körpern gemessenen vorhandenen Radiummengen sind natürlich sehr gering, aber sie läßt sich mit den modernen Hilfsmitteln recht gut und sicher nachweisen. Das meiste Radium findet sich im Gehirn und Herz, weniger in den anderen Organen. Woher stammt dieses Radium? Prof. Ebeler glaubte diese Frage durch Absorption des Radiums in den Kolloiden zu lösen, das durch Atmung und Nahrung eingeführt wird. Durch Eschäpfer ist die Photoaktivität des Blutes nachgewiesen worden; offenbar wird die radioaktive Substanz durch das Blut im

Sport und Politik.

Eine Klarstellung des Vorfalls am Sonntag.

Das Verbot des beabsichtigten Umzuges der Arbeiterportier vom Bahnhof Tiergarten zum Stadion am Sonntag hat in den beteiligten Kreisen und darüber hinaus lebhafteste Entrüstung hervorgerufen, die sich, wie nicht anders zu erwarten, in erster Linie gegen den Polizeipräsidenten Genossen Richter richtete. Die gewitterschwangeren Tage, die wir jetzt durchmachen, bringen es mit sich, daß solche Vorfälle ganz besonders empörend wirken. Die Kommunisten gingen natürlich Del ins Feuer. Ausschlußanträge werden schnell aufgesetzt und eingebracht. Und erst später erfährt man, daß die Dinge doch ganz anders lagen, als man es zunächst annahm.

Das gilt ganz besonders für den Vorfall am Sonntag: in Wirklichkeit war es gerade Genosse Richter, der sich beim preußischen Ministerium des Innern um die Freigabe des geplanten Umzuges der Arbeiterportier, also um eine Ausnahme von dem generell für ganz Preußen geltenden Umzugsverbot, bemühte. Leider ergebnislos. Der zuständige Referent im Ministerium vertrat den Standpunkt, daß eine rigorose Handhabung des Ministerialerlasses gerade gegenüber Umzügen zu Sportfesten notwendig sei, und zwar aus folgenden Gründen: unter der Waise von Sportfesten, Bannerweihen u. dgl. haben in letzter Zeit die Rechtsradikalen besonders auf dem Lande eine außerordentlich rege Agitation entfaltet, und gerade aus den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterjugend — namentlich in den Spalten des „Vorwärts“ — ist immer wieder gefordert worden, daß man gegen diesen Unfug einschreite. Das ist nun durch dieses Verbot geschehen. Aber auch in den Städten, und nicht zuletzt in Berlin, versuchen die Böllischen, unter dem Deckmantel von sportlichen Veranstaltungen ihre umfänglichere Propaganda zu betreiben; so lagen auch von dieser Seite für den letzten Sonntag Besuche um Bewilligung von Umzügen beim Berliner Polizeipräsidenten vor.

Die Arbeiterportier müssen es natürlich ablehnen, in einem Umzuge mit den völkischen Pseudosportlern genannt zu werden, und es ist durchaus anzuerkennen, daß der Polizeipräsident zu ihren Gunsten um eine Ausnahme für das Reichspdfest beim Ministerium eintrat.

Von führender Seite der Arbeiterportierbewegung, der wir diese Sachlage unterbreitet haben, wurde die schwierige Situation, in der sich die Behörden, insbesondere unsere Genossen an Regierungenstellen, befinden, durchaus anerkannt, indessen eine wertvolle Anregung zur Vermeidung ähnlicher Zwischenfälle in der Zukunft gemacht.

Die beiden zentralen Körperschaften der deutschen Sportbewegung, die Zentralkommission für Arbeiterportier und Körperpflege und der Reichsausschuß für Leibesübungen, die beide in der Kurfürstenstraße 48 ihren Sitz haben, sollten als begünstigende Körperschaften von den Behörden bei der Bewilligung von Sportumzügen in nicht zweifelhaften Fällen herangezogen werden und die Garantie dafür übernehmen bzw. ablehnen; daß die geplanten Umzüge tatsächlich und lebhaftig der Sportbewegung dienen sollen.

Wir möchten sowohl dem Polizeipräsidenten wie auch dem Ministerium des Innern dringend empfehlen, dieser praktischen Anregung Folge zu leisten, damit die für das ganze Volk so segensreiche Sport- und Turnbewegung nicht mehr in ihren Propagandamöglichkeiten und ihrer Lebensfreude durch politische Geschäftspunkte und Maßnahmen beeinträchtigt wird, wie es leider am Sonntag geschehen ist.

Ein neues Stinnes-Dementi.

Zu unserer Notiz „Stinnes dementiert“ in unserer letzten Sonntagsausgabe sendet uns Herr Hugo Stinnes folgende Berichtigung: „Es ist unklar, daß die französische Firma (Schneider-Creuzot) zusammen mit Herrn Stinnes ein starkes Interesse an der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft hat.“

Wahr ist vielmehr, daß weder Hugo Stinnes noch die Oesterreichische Alpine Montangesellschaft bei der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft beteiligt ist oder gewesen ist.“

Wir müssen uns vorbehalten, auf die geschäftlichen Zusammenhänge zwischen der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft und Herrn Stinnes zurückzukommen. Es ist durchaus möglich und soll daher nicht bestritten werden, daß eine Kapitalbeteiligung des Herrn Stinnes an der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft nicht besteht und nicht bestanden hat. Es ist aber nicht nur von uns, sondern auch von bürgerlicher Seite verschiedentlich auf die Tätigkeit der

Körper verbreitet. Nach Dr. Böhm in Nürnberg soll es die Schilddrüse sein, die dem Wale eine radioaktive Ausscheidung bewirkt, da die Befruchtung von Schilddrüsenstrahl bei Froschlurven genau die gleichen Wirkungen hervorruft wie die Bestrahlung mit Radium.

Die geringe Menschenzahl der Naturvölker. Überall auf der Erde, wo Völker noch im Naturzustande leben, ist die Bevölkerungsdichte gering. Das gilt nicht nur von Steppen und Wüsten, die natürlich nur wenigen Menschen Unterhalt bieten, sondern auch von geeigneten Gebieten, wie die Inselwelt des Stillen Ozeans sie besitzt oder der reiche Archipel zwischen Indien und Australien, in dem nur Java dichter bevölkert ist. Die Naturvölker verstehen offenbar ihre günstige Lage nicht auszunutzen. Es kommen dazu zahlreiche Krankheiten und ihre Folgen. Nicht allein, daß sie von der Krankheit keine klare Vorstellung haben und sie nicht richtig zu behandeln verstehen; sie betrachten die Krankheit vielfach als die Wirkung eines Zaubers, und der Zauberer muß bestraft werden. Da gibt es dann Kriegszüge und Geben und neue Wanderzüge zur Vergeltung. Wo die Europäer solche dauernden Gebden unterdrücken konnten, trat in der Tat bald eine Volksvermehrung ein. Viel wird auch gefordert in der Kinderpflege, welche die weisen Frauen des Dorfes nach abergläubischen Gesichtspunkten ausüben, und in der Vernachlässigung der Wöchnerinnen. Vor allem tritt dies z. B. in Australien zutage, wo ganze Stämme eigentümlich dauernder Wanderung sind; da ist natürlich ein Wocherbeit, selbst bei besten Umständen, ganz ausgeschlossen. Die Völker, die, ohne jeden Ackerbau, lediglich vom Ein sammeln wilder Früchte und dergleichen leben, müssen oftmals Hungerperioden überdauern. Der Erwaasene leistet das, weil er es gewohnt ist, die Kinder aber gehen dann massenhaft zugrunde. Werden ganze Stämme durch Kriegerunruhen aus ihrer Umgebung vertrieben und in fremde Verhältnisse gedrängt, so bedeutet das nicht selten den allgemeinen Untergang, denn sie können sich in das neue Leben nicht so schnell hineinfinden.

Eine Großfunkstelle im nördlichen Eismeer. Die Sowjetregierung errichtet auf der Insel Nowaja-Semlja im nördlichen Eismeer eine Groß-Funkstelle, die mit Archangelsk und anderen Funkstellen in Nordrussland und Sibirien verkehren soll. Besonders wird die neue Station, wie in der „Linsbau“ mitgeteilt wird, rein wissenschaftlichen und meteorologischen Zwecken dienen, wobei die für die nördliche Schifffahrt so wichtigen Wetterverhältnisse des Karischen Meeres sorgfältig beobachtet werden sollen. Das Funkpersonal wird daher durch einen Meteorologen, einen Zoologen und einen Geologen ergänzt werden.

Der Film im Dienste der Straßverfolgung. Der Reichsverband Deutscher Filmproduzenten hat sich bereit erklärt, in besonders wichtigen Fällen der fedratischen Verfolgung von Verbrechern Diaprosen, die ihm von den Strafverfolgungsbehörden überhandt werden, in seinem Theater kostenlos vorzuführen. Die Strafverfolgungsbehörden dürfen davon Gebrauch machen.

Die ersten Wehrtaucher kehrtbe nach dem Kriege werden im Sommer 1921 Ruffinden. Zahlreiche Soldaten proben seit Anfang Juni in Bayern.

Die schöne Literatur Rußlands aus der Zeit der Revolution wird im Puschkinhaus der Akademie der Wissenschaften zu Petersburg aufgestellt werden.

Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft bei großen Transaktionen hingewiesen worden. So wirkte diese Bank an der letzten großen Angliederung des Stinnes-Konzerns, dem Erwerb der Bismarckhütte und der Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb mit. Aus der Tatsache, daß die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft auch im Zusammenhang mit anderen Finanztransaktionen des Herrn Stinnes in Oesterreich und am Balkan genannt wurde, schloßen wir bereits am 14. Juni (Nr. 273 des „Vorwärts“), daß sich hier eine mittelbare Interessengemeinschaft zwischen Stinnes und Schneider-Creuzot anbahnte, nachdem die letztere Firma einen größeren Posten Aktien des österreichischen Bankunternehmens erworben hatte. Diese Darstellung blieb damals unumstritten.

Zeigners Antwort an Cuno.

Dresden, 7. August. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsische Regierung hat auf den Brief des Reichszanlers Dr. Cuno folgende Antwort erteilt:

„Die sächsische Regierung hatte bei der Absendung ihrer Note vom 25. Juli gehofft, die Erwiderung der Reichsregierung auf diese Note werde einen die Deffentlichkeit beruhigenden und der versöhnungsmäßigen Stellung des Freistaates Sachsen entsprechenden Abschluß der Diskussion ermöglichen, die die Reichsregierung — nicht die sächsische Regierung — durch ihre der Presse mitgeteilte Erklärung vom 18. Juli notwendig gemacht hat. Die sächsische Regierung war ungeachtet der Mitteilung dieser für die sächsische Bevölkerung wie für den sächsischen Staat befreundlichen und verletzenden Verlautbarung durch die Presse gezwungen, ihre Stellungnahme ebenfalls der Presse mitzuteilen, und wird sich, sofern die Reichsregierung die bisherige Form der Verlautbarungen beibehält, sehr zu ihrem Bedauern gezwungen sehen, ihre Erklärungen auch weiterhin der Deffentlichkeit zu unterbreiten.“

Die sächsische Regierung hatte in ihrer Note vom 27. Juli die Reichsregierung um Aufschluß gebeten, was die Reichsregierung zu ihrer verletzenden Stellungnahme veranlaßt habe und ob der Sinn ihrer Verlautbarung sei: von Sachsen aus droht die Gefahr eines Bürgerkrieges. Für diesen Fall hätte sie um

Mitteilung der Tatsachen

gebeten, auf welche die Reichsregierung eine solche Annahme stütze. Die fonderbare Formulierung der Verlautbarung der Reichsregierung vom 18. Juli zwang zu dieser Rückfrage. Die sächsische Regierung wollte damit der Reichsregierung auch ermöglichen, eine Erklärung abzugeben, die den berechtigten Empfindungen des sächsischen Volkes und der Stellung der sächsischen Staatsregierung Rechnung trug. Die sächsische Regierung bedauert, nunmehr feststellen zu müssen, daß die Reichsregierung offenbar den Sinn und den Zweck der sächsischen Rückfrage

völlig verkannt

hat; denn sonst wäre die Antwort der Reichsregierung vom 2. August nicht verständlich. In ihr weist der Herr Reichszanler darauf hin, die Reichsregierung habe ihre Verlautbarung vom 18. Juli für notwendig befunden, weil der sächsische Polizeioberst Schühlinger in einer privaten Berührung und unlangst der unterzeichnete Ministerpräsident auf die

von anderer Seite drohenden Gefahren

hingewiesen hatten. Zu ihrem großen Bedauern muß die sächsische Regierung also feststellen, daß ein pflichtgemäßer Hinweis des unterzeichneten Ministerpräsidenten auf die von anderer Seite drohenden Gefahren . . . vom Herrn Reichszanler herangezogen wird, um die in der Verlautbarung vom 18. Juli erwähnte Notwendigkeit besonderer Aufmerksamkeit nicht gegenüber diesen Kreisen, sondern gegenüber den warnenden Freistaats Thüringen und Sachsen zu rechtfertigen. Die sächsische Regierung muß diese Argumentation um so mehr bedauern, als

dem Herrn Reichszanler nicht unbekannt

sein kann, daß dieser pflichtmäßige Hinweis in jeder Beziehung sachlich begründet ist. Dem Herrn Reichszanler kann nicht unbekannt sein, daß der unterzeichnete Ministerpräsident ebenso wie der preussische Ministerpräsident und der vorstehende thüringische Staatsminister sich vor einiger Zeit auf Grund der unruhigenden Mitteilungen in die unangenehme Lage verwickelt haben, im Interesse einer ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse am 29.

mit dem Herrn Reichszanler und mehreren anderen Herren eine Aussprache

herbeizuführen. Es kann dem Herrn Reichszanler nicht entgangen sein, daß der Verlauf dieser Besprechungen durchaus nicht zu einer Klärung geführt hat. Der unterzeichnete Ministerpräsident hat außerdem bei verschiedenen anderen Aussprachen zuletzt Anfang Juli immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen und darum gebeten, im Interesse der inneren Ruhe in der eindeutigen Weise einen Trennungsschritt gegenüber den rechtsradikalen bewaffneten Organisationen zu ziehen. Dem Herrn Reichszanler kann es nicht entgangen sein, daß es die sächsische wie die thüringische Regierung nicht an jener pflichtmäßigen und ersten Aufmerksamkeit habe fehlen lassen, die die Reichsregierung befreundlicher Weise gerade Sachsen und Thüringen gegenüber für besonders notwendig gehalten hat. Die sächsische Regierung muß darauf hinweisen, daß sie ihrerseits fortgesetzt auf die Reichsregierung in wirtschaftspolitischen, in ernährungspolitischen und sonstigen innerpolitischen Fragen eingewirkt hat, um eine Aussprache in unserer inneren Lage herbeizuführen.

Sie muß aber auch betonen, daß sie bei der Reichsregierung in zahlreichen Fällen nicht auf die gleiche Auffassung gestossen ist und daß die Reichsregierung sich heute zu Maßnahmen gezwungen sieht, die sie vor Wochen noch kategorisch abgelehnt hat.

Die sächsische Regierung glaubt, daß nicht durch Verlautbarungen, sondern durch Maßnahmen die unbedingt notwendige Entspannung herbeigeführt werden kann.

Sobald die Reichsregierung, von anderer Auffassung ausgehend, die sächsische Regierung in eine Lage bringt, welche es dieser nicht erlaubt, zu schweigen, ist die sächsische Regierung bereit, nicht nur zahlreiche Dokumente im Wortlaut zu veröffentlichen, sondern auch vor der Deffentlichkeit darzulegen, was ihrerseits getan worden ist, um durchgreifende Maßnahmen der Reichsregierung auf wirtschaftspolitischen, steuerpolitischen, ernährungspolitischen und sonstigen Gebieten herbeizuführen. Die sächsische Regierung glaubt eine Diskussion hierüber nicht fürchten zu müssen, und sie wird gegebenenfalls, trotz der schweren Bedenken, die einer solchen Auseinandersetzung im gegenwärtigen Augenblick entgegenstehen, einer Diskussion nicht ausweichen.

Nachdem aber der Versuch, der Reichsregierung die Abgabe einer Erklärung zu ermöglichen, welche den Empfindungen der sächsischen Bevölkerung und der Stellung des sächsischen Staates mehr entspricht als die Verlautbarung vom 18. Juli, durch die Erklärung des Herrn Reichszanlers vom 2. August zum Scheitern gebracht worden ist, legt die sächsische Regierung auf das offensichtlichste dagegen Verwahrung ein, daß die Reichsregierung in offiziellem Verlautbarungen den Freistaat Sachsen ohne jeden Anlaß in der verlegendsten Weise als Ausgangspunkt von Bestrebungen kennzeichnet, die sich gegen den Bestand und den inneren Frieden des Reiches richten.

gez. Dr. Zeigner.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Münster, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage im Ruhrgebiet ist heute bisher im allgemeinen unverändert. In den Bezirken Recklinghausen, Castrop, Bochum, Bottrop üben die Belegschaften der meisten Schächte nach wie vor passive Resistenz. Im Gladbecker Bezirk wird nur vereinzelt gestreikt. Wegen fehlender Zahlungsmittel ist am Dienstag die Belegschaft der Zeche „Schwerin“ in den Auslands getreten. Ein Teil der Belegschaft der Zeche „Sollerbeck“ Mülheim, marschierte am Dienstag zu

den Zechen „Humboldt“ und „Biesche“, um die eingefahrenen Arbeiter aus der Grube zu holen. Sie fordern eine einmalige Fortzahlung von 8 Millionen Mark und Rücktritt der Regierung Cuno, von dem die Wiederzunahme der Arbeit abhängig gemacht wird. In Bottrop hat die Stadt zur Entlastung der Kaufmannschaft das Verbandskonto übernommen. An Kartoffeln herrscht nach wie vor großer Mangel. Die Bergarbeiter haben am Dienstag hier die Forderung auf Auszahlung von 10 Millionen Mark pro Kopf gestellt.

Essen, 7. August (WZB.) Nach einer Bekanntmachung der Essener Straßenbahn haben die Fahrpreise wiederum eine Erhöhung erfahren. Die einfache Teilstrecke kostet von morgen Mittwoch, den 8. August, ab 15 000 M. Die Nichtpreis für Freibrot sind mit Wirkung ab heute infolge der weiteren bedeutenden Steigerung der Mehlpreise und sonstigen Unkosten wie folgt erhöht worden: zweifünftiges Kaffeebrot 75 000 M., 800 Gramm Weizenbrot 75 000 M., ein vierfünftiges Schwarzbrot 100 000 M., ein Brötchen 4000 M. — Die Milchpreise haben eine außerordentliche Erhöhung erfahren. Ein Liter Milch kostet 45 000 M. Der Preis für ausländische Kartoffeln beträgt bis zum 9. August für das Pfund 20 000 M.

Wirtschaft

Ein ungeitgemäßes Begräbnis.

Künftig wird folgende Meldung verbreitet:

Mit der Aufhebung der staatlichen Getreidewirtschaft am 15. September wird auch die Organisation ihr Ende finden, die seit 1919 in ersgreiftester Weise den deutschen Einfuhrhandel in Auslandsgetreide bewerkstelligt hat: die Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H. Berlin.

Als nach vierjähriger Unterbrechung der Auslandsmarkt für die deutsche Wirtschaft wieder offen stand, erwies es sich als notwendig, eine umfassende, starke Organisation zu schaffen, welche die Brücke zwischen dem deutschen Getreidehandel und dem fremden Markt bilde, da die alten Beziehungen des Getreideimporteurs zu seinen Lieferanten doch zu locker geworden waren, er auch auf dem ausländischen Getreidemarkt als Einzelner nicht den erforderlichen Einfluß ausüben konnte. So trat an die Stelle der einzelnen Importeure die Organisation des deutschen Handels „die Einfuhrgesellschaft“, die allein berechtigt war, ausländisches Getreide für Rechnung der Reichsgetreidekasse nach Deutschland einzuführen.

Wenn nun hin und wieder dem Getreidehandel der Vorwurf gemacht worden ist, daß er mit zu hohen Aufkosten arbeite und dadurch das Brot verteuere, so lassen die Ausführungen des kürzlich erstellten Geschäftsberichts der EG. für das Jahr 1922 die völlige Haltlosigkeit dieser Anschauung erkennen. Die Kosten der Gesamtbewirtschaftung durch die EG. bessern sich seit 1919 auf 1/2 pro Mille. Der gesamte Handel, der diese Geschäfte durchgeföhrt hat, hat im allgemeinen einen Bruttoerdienst von 1/2 Proz. gehabt. Von diesem Bruttoerdienst sind die erheblichen Kosten für Telefon, Kabel, Bureau, Angestellte usw. abzuziehen. Tatsächlich ist also erreicht, daß zwischen dem deutschen Verkäufer im Auslande, sei es Nordamerika, Argentinien, sei es Australien, bis zu dem deutschen Müller, an den die Ware nach Anweisung der Reichsgetreidekasse geliefert wird, ein Zwischennutzen von 0,55 Proz. steht, und dieser Tatsache gegenüber werden alle Angriffe über unberechtigten Gewinn des Handels in nichts zusammenfallen müssen.

Ein weiterer erfreulicher Erfolg der Getreidehandelsorganisation ist es endlich gewesen, daß in den ganzen Jahren ihres Bestehens jegliche unlautere Elemente oder Schieber von diesen Getreidegeschäften ferngehalten worden sind.

Für die Verbraucher, die infolge der sprunghaften Dollarsteigerung, bereits die Lebensmittelknappheit zu spüren bekommen, wird dieses ehrenvolle Begräbnis eines zur Getreideversorgung bestimmten Organs nicht gerade erfreulich sein. Sind wirklich alle Gefahren für die Nahrungsmittelversorgung überwunden? Besteht nicht vielmehr die Gefahr, daß sich ähnliche, womöglich schwerere Zustände entwickeln als die der letzten Wochen? Ist man darauf gerüstet?

Diese Fragen werfen sich auf. Freilich ist die gegenwärtige Stöckung der Versorgung nicht eine Frage der Wirtschaftsorganisation, als vielmehr der Währung. Von den währungsrechtlichen Maßnahmen, hauptsächlich davon, ob es gelingen wird, eine Goldmarktrechnung durchzuführen, wozu eine Reorganisation der Staatsfinanzen und eine Umgestaltung des gesamten Kreditwesens auf Goldbasis Vorbereitung ist, wird die Lebensmittelversorgung der nächsten Zeit entscheidend bestimmt werden.

Immerhin ist es nach den meisten Angriffen gegen jede Form der Zwangswirtschaft eine Genugtuung zu hören, daß die behördliche Stelle mit außerordentlich geringen Unkosten gearbeitet hat. Man muß es dahin gestellt sein lassen, ob der freie Handel in der Lage ist, mit so geringen Unkostenföhen auszukommen. Jedenfalls ist die ehrende Grabrede, die das Reich der Einfuhr-Gesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H. widmet, ein Beweis dafür, daß mindestens nicht alle der so übel beleumdeten Organe der Zwangswirtschaft derart unumröschlich gearbeitet haben, wie man es ihnen andichtet.

Uebersetzung der sächsischen Roggenverkaufsleihe. Die Zeichnung auf die sächsische Roggenverkaufsleihe hat mit einem starken Erfolge abgeschlossen. Der ausgelegte Betrag ist mehrfach überzeichnet worden. Bei voller Berücksichtigung der kleinen Zeichner ist dem Vernehmer nach tiefen im allgemeinen kaum ein Viertel des gezeichneten Betrages zugeteilt worden.

Millardenkred einer Hamburger Getreidefirma. In Zahlungs-schwierigkeiten geraten ist die Getreidefirma Thies u. Stege mit dem Stammsitz in Stade und Niederlassung in Hamburg. Passiven werden auf 300 Milliarden beziffert, denen nur verhältnismäßig unbedeutende Aktiven gegenübersetzen sollen. Die Insolvenz ist zurückzuführen auf Leerverkäufe von Getreide und Futtermitteln. Beteiligt ist fast der gesamte Getreidehandel Hamburgs. Die Gläubiger haben, um sich einzudecken, in großen Beträgen Devisen gekauft.

Devisenkurse.

	7. August		6. August	
	Käufer (Weil.) Kurs	Verkäufer (Preis-) Kurs	Käufer (Weil.) Kurs	Verkäufer (Preis-) Kurs
1 holländisch. Gulden . . .	1206750.	1803250.	643387.50	646612.50
1 argentin. Papier-Peso . . .	1047875.	1052625.	548225.	551375.
1 belgischer Franc . . .	149625.	150375.	73810.	76190.
1 nordrösch. Krone . . .	528675.	531325.	263840.	264660.
1 dänische Krone . . .	598500.	601500.	297255.	298745.
1 schwedische Krone . . .	872812.50	877187.50	431910.	437090.
1 finnische Mark . . .	60772.	91228.	45356.	45614.
1 japanischer Yen . . .	1596000.	1604000.	798000.	802000.
1 italienische Lire . . .	141645.	142355.	70827.50	71177.50
1 Pfund Sterling . . .	14922500.	15037500.	7487250.	7518750.
1 Dollar . . .	3291750.	3306250.	1645875.	1654125.
1 französischer Franc . . .	189525.	190475.	95760.	96240.
1 brasilianischer Milreis . . .	839658.	838344.	165585.	166415.
1 Schweizer Franc . . .	592515.	595485.	293265.	294735.
1 spanische Pesta . . .	462840.	465160.	230422.	231577.50
100 österr. Kronen (gest.) . . .	4038.	4712.	2344.	2358.
1 rufische Krone . . .	96750.	1002500.	49875.	50125.
1 ungarische Krone . . .	187.	188.47	95.76	96.24
1 bulgarische Lema . . .	29925.	30075.	15092.	15138.
1 jugoslawischer Dinar . . .	84912.50	35087.50	17366.50	17448.50

Gewerkschaftsbewegung

Der Metallangestelltenstreik beendet.

Die Zentralstreikleitung macht folgendes bekannt: Nachdem die Funktionärversammlungen aller drei Epigenwerkschaften dem im Reichsarbeitsministerium getroffenen Abkommen ihre Zustimmung erteilt haben, ist die Arbeit in allen streikenden Berliner Metallbetrieben spätestens morgen, Donnerstag, vormittag mit Geschäftsbeginn wieder aufzunehmen.

Soweit die Möglichkeit vorhanden ist, wird dringend empfohlen, mit der Arbeit bereits heute im Laufe des Tages zu beginnen.

Der Wortlaut des Abkommens ist bereits in der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Wenn die Verhandlungen am Montag sich nicht gar zu lange hingezogen hätten, so daß das Abkommen von den Versammlungen der Funktionäre noch in aller Ruhe erörtert werden konnte, würde es wahrscheinlich nicht erst zur Arbeitseinstellung gekommen sein.

Neuer Streik bei der Hoch- und Untergrundbahn?

Die Verkäufer der passiven Resistenz gemahregelt.

Die Direktion hat dem Publikum mit Wochenkarten für die ausgefallenen Fahrten am Freitag und Sonnabend noch keinerlei Ersatz geleistet und scheint schon um einen Anlaß zu einem neuen Streik bemüht zu sein.

Nachdem am Sonnabend nachmittag der Betrieb wieder aufgenommen wurde und über die Lohnregelung eine Verständigung erzielt ist, wurde gestern der Betriebsrat und mit ihm die beiden Angestellten, die das Ultimatum bezüglich der passiven Resistenz mit unterzeichnet hatten, entlassen. Die drei Gemahregelungen wurden auf den Rechtsweg verwiesen, d. h. sie sollen mit einem Schmerzensgeld für die Entlassung abgefunden werden.

Die Behörde forderte die Zurücknahme der Mahregelung bis heute früh 9 Uhr. Hat sich die Direktion bis dahin nicht dazu entschlossen, ihre Maßnahme rückgängig zu machen, dann stehen die Arbeiter, ihre Familien und das Publikum zu sehen, wie es dabei zurecht kommt.

Wenn wir schon von den Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn fordern müssen, daß sie bei ihren Maßnahmen einige Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse der Allgemeinheit nehmen, so müssen wir noch mehr von der Direktion fordern, daß auch sie ihre Maßnahmen überlegt und nicht unnötigermaßen Konflikte heraufbeschwört, die ihr schließlich nicht viel schaden, da in nur das Publikum die Folgen zu tragen hat.

Das Publikum ist jedoch ohnedies genug geplagt und hat schon einen Anspruch darauf, von unnützen Belästigungen, sei es aus Rechtsbereich oder Prestigeschmerzen einer hohen Direktion, verschont zu bleiben.

Hungerlöhne in den Apotheken!

Der Deutsche Verkehrsband steht in einem Tarifverhältnis mit dem Berliner Apotheker-Verein. Alle Bemühungen, für die Zeit ab 1. Juni ein neues Lohnabkommen abzuschließen, scheiterten an dem Widerstand der Apothekenbesitzer. Lohnsätze für die zweite Juni-Hälfte in Höhe von 226 000 M. sind für diese Arbeitgeber zu hoch. Schlichtungsausschuss und Demobilisierungskommission haben sich vergeblich eingesetzt. Unverständlich ist, daß der Demobilisierungskommission die Rechtsverbindlichkeit mit der Begründung abgelehnt, es liege kein öffentliches Interesse vor und den Arbeitgebern könne nicht zugemutet werden, derartige Löhne zu bezahlen.

Die Arbeitgeber begründen ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß die vom Wohlfahrtsministerium für die Apotheken herausgegebenen Rezeptur-Verkaufspreise ungenügend seien und verpöndet herausgegeben würden. Auch die Arbeitslöhne der Handelsreisenden würden dabei nicht berücksichtigt.

Die Apotheker lehnen auch jede Vorzahlung ab und muten den Arbeitern zu, mit einem Wochenlohn von 133 200 M., den Arbeiterinnen mit einem solchen von 90 000 M. ihren Lebensunterhalt bei den heutigen Lebensmittelpreisen zu bestreiten. Fest steht, daß durch den Freikauf reichliche Einkünfte in die Taschen der Apothekenbesitzer fließen. Die Ausbeutung der Arbeitskräfte erfolgt hier in der schamlosesten Weise.

Der Deutsche Verkehrsband richtet hiermit an das Wohlfahrtsministerium, besonders an Herrn Ministerialrat Dr. Ruckpaß die öffentliche Anfrage, ob die von den Apothekenbesitzern vorgebrachten Beschwerden zu Recht erhoben werden können. Die Apothekenbesitzer versteifen sich auch auf schlechte Vergütung der Krankenschwestern.

Werte in treuer Gemeinschaft mit den Apothekenbesitzern versuchen, da angeht die Privatwirtschaft fernbleibt, sich eine Existenzmöglichkeit bei den Ortskrankenkassen auf Kosten der Versicherten zu verschaffen. Dagegen muß Protest gemacht werden. Haben diese Berufsgruppen die Existenzmöglichkeit verloren, dann ist es Pflicht des Reichstages, sich mit der Frage wegen Verstaatlichung des gesamten Heilwesens zu beschäftigen.

Die Organisation wird nicht unverzagt lassen, auch dieser Arbeitnehmergruppe zu ihrem Recht zu verhelfen.

Schiedsspruch für die Berliner Holzindustrie.

Vom Schlichtungsausschuss wurde am 6. August auf Antrag des Holzarbeiter-Verbandes unter Vorsitz eines Unparteiischen ein Schiedsspruch gefällt, wonach sich alle aus dem 10. Lohnabkommen ergebenden Lohn- und Montagesätze für die Zeit vom 27. Juli bis 4. August um 60 Proz. erhöhen. Demzufolge beträgt

der Lohn für Facharbeiter über 22 Jahre 82 920 M. pro Stunde. Die Arbeitgeberpartei war nicht erschienen.

Eine am gleichen Tage einberufene Funktionärversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nahm nach lebhafter Debatte den Schiedsspruch an, wenn auch mit knapper Mehrheit. In den Arbeitgeberkreisen liegt es nun, ob der wirtschaftliche Friede im Holzgewerbe erhalten bleibt. Erklärungsfrist für den Schiedsspruch ist Donnerstag vormittag 9 Uhr.

Die Beitragssätze für die Organisation stehen den Mitgliedern entsprechend ihren Stundenverdiensten in den ersten drei Klassen zu 66 000, 55 000 und 44 000 M. zur Verfügung.

Löhne in den Wagen- und Karosseriefabriken.

Nach der Lohnvereinbarung erhalten vom 1. bis 7. August:

Facharbeiter:	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III
Grundlohn	11 600	11 140	7 400 M.
Leistungszul.	11 600	11 140	7 400 M.
Gesamtlohn	23 200	22 280	14 800 M.

Hilfsarbeiter: Gruppe III im Alter von 18—20 Jahren 56 200 M., von 20—22 Jahren 63 320 M., über 22 Jahre 66 800 M.

Hilfsarbeiterinnen: 75 Proz. der für männliche Arbeiter der Gruppe III jeweils tariflich festgesetzten Löhne, mitbin im Alter von 18—20 Jahren 42 150 M., von 20—22 Jahren 46 740 M., über 22 Jahre 49 950 M.

Jugendliche Arbeiter: Im Alter von 14—15 Jahren 16 620 M., von 15—16 Jahren 17 180 M., von 16—17 Jahren 19 040 M., von 17—18 Jahren 21 720 M.

Die bis zum 31. Juli 1923 bestehenden Affordsätze erhöhen sich ab 1. August um 100 Proz. — Die am gestrigen Dienstag zu leistende Vorauszahlung beträgt für Arbeiter über 21 Jahre 1 200 000 M., für Arbeiter von 18—20 Jahren und Arbeiterinnen 600 000 M.

Gaukonferenz der Landarbeiter.

Zu einer Gaukonferenz traten am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus die Delegierten und Kreisleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes, Gau Brandenburg, zusammen. Faas, als 2. Vorsitzender des Verbandes, begrüßte die Konferenz. Die Tagung habe u. a. die schwierige Aufgabe, die Delegierten zur Generalversammlung zu wählen. Ueber die Aufgaben des kommenden Verbandstages referierte Gauleiter Schlinke. Der Verbandstag, so führte er aus, wird sich neben den praktischen Tagesfragen auch mit den Lohn- und Tarifrassen zu beschäftigen haben. Einer der wichtigsten Beratungspunkte ist die Neuerschaffung des Statuts. Auch zu den sozialen Einrichtungen der Organisation wird man Stellung nehmen. Die Wahlen zum Hauptvorstand, die ebenfalls auf der Generalversammlung vor sich gehen werden, fordern von uns, daß wir Vertreter dazu entsenden, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Die Aufgabe der Delegierten ist es, solche Männer zu wählen, und zwar so, daß alle Arbeiterkategorien, die im Landarbeiterverband organisiert sind, eine einigermaßen gleich starke Vertretung auf der Generalversammlung finden.

Die Konferenz trat hierauf in die Beratungen der zum Verbandstag vom Gau Brandenburg gestellten Anträge ein. Die wichtigsten sollen hier erörtert werden. So beantragte der Kreis Osthavelland, daß im Winter Bildungsausschüsse in Tätigkeit treten sollen, um so die Aufklärungsarbeiten im Landproletariat fruchtbringend zu gestalten. Dem Antrage wurde zugestimmt. Der Kreis Teltow-Niederbarnim hatte mehrere Anträge gestellt, die in ihrer Mehrzahl statistische Änderungen vorzögen. Der Antrag, daß die Zahl der Vorstandsmitglieder in Zukunft nur sieben betragen soll, gelangte zur Annahme. Gleichfalls mit mehreren Anträgen war die Kreis Oberbarnim auf. Unter anderem wurde die Abschaffung der Krankenunterstützung des Verbandes verlangt und dafür der Ausbau der Mahregelungs- und Rechtschutzunterstützung gefordert. Gleichzeitig soll der Verbandstag an Stelle des Rates einen Verbandsausschuss wählen, der die Arbeiten des Vorstandes überwacht und die Gehälter der Verbandsangestellten nach einem bestimmten Schlüssel festsetzt. Endlich sollen die Befugnisse der Revisoren im Statut verankert werden. Nach einer kurzen Diskussion wurden die Anträge angenommen. Dem Antrage des Kreises Beeskow-Storkow, in Krankheitsfällen beitragsfreie Krankenmarken zu stellen und die Unterstützungen bei Streiks und Mahregelungen nach fünf Stufen zu stufen, stimmten die Delegierten zu. Die Anstellung einer Sekretärin wurde abgelehnt. Hierauf folgten die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag, die folgendes Ergebnis hatten: B. Junker, F. Richter, W. Drömmann, F. Stoar, A. König, A. Heinzl, D. Borndt, C. Altmann und Amanda Schmidt. Für die Kreisleiter wurde Heinz zum Verbandstag delegiert.

Zu dem Punkt Lohn- und Tarifrassen sprach der Gauleiter Schlinke, der auch den Tätigkeitsbericht des Gaus gab. Im ersten Quartal waren in den 31 Kreisen Brandenburgs 25 Kreisleiter tätig. Die pünktliche Zahlung der Beiträge sei zum weiteren Ausbau der Organisation unerlässlich. Nachdem Redner noch die Lohnkämpfe der letzten Zeit erörtert hatte, wobei er auch den augenblicklichen Streik der Landarbeiter im Kreise Soldin behandelte, gab Kreisleiter Schulz Soldin einen Situationsbericht und sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß der Kampf, der die Sympathien der dortigen Bevölkerung für sich hat, gewonnen werde. In der Diskussion wurden Tarifrassen sowie interne Verbandsangelegenheiten behandelt. Eine Resolution, die Kenntnis von dem Stand der Lohn- und Lohnbewegungen nimmt, erklärt weiter, daß die erreichten Ergebnisse als unbefriedigend bezeichnet werden müssen. Die Funktionäre haben auf Verbesserungen zu dringen. Im übrigen haben alle Mitglieder des Verbandes für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen.

Weiter gelangte eine Entschliessung zur Annahme, worin die Gaukonferenz der streikenden Landarbeiter in Soldin ihre warmste Sympathie ausdrückt und verlangt, daß die Kämpfenden so lange aushalten, bis die Arbeitgeber gewillt sind, ihren berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Mit einem Hoch auf die Landarbeiterbewegung schloß Gauleiter Schlinke die Verhandlungen.

Achtung! Metallformer und Berufsgeossen!

Das bisher geltende Lohnabkommen wird unter folgenden Bedingungen für die Zeit vom 30. Juli bis 5. August 1923 verlängert:

1. Die Stundenlöhne werden erhöht in Klasse I um 87 000 M., Klasse II um 85 200 M., Klasse III um 81 500 M., so daß die Tarifstundenlöhne betragen: Klasse I 69 500 M., Klasse II 68 500 M., Klasse III 61 500 M.

2. Die Affordpreise werden um 100 Proz. erhöht.

3. Für alle Betriebe soll die Lohnwoche in Zukunft mit der Kalenderwoche übereinstimmen. Im Laufe der Woche, tunlichst am Freitag, soll ein angemessener Vorruhe ohne Steuerabzug gewährt werden und am Dienstag oder Mittwoch der folgenden Woche die endgültige Lohnabrechnung stattfinden.

Die Lohnfrage im Buchdruckgewerbe wird heute nachmittag um 4 Uhr in einer von den Vereinen der Berliner Buchdrucker und der Buchdrucker-Hilfsarbeiter nach der Buchdruckerei, Fildischstraße, einberufenen Versammlung der Funktionäre eingehend erörtert. (Siehe Inserat.) Wir machen insbesondere die Funktionäre der B.S.B.D. (Betriebsräte, Delegierte und Druckerelastiker) auf diese Versammlung aufmerksam, damit sie, mit genügender Legitimation versehen, ihrer Pflicht gemäß, die Versammlung besuchen.

Vom Deutschen Befeidigungsarbeiter-Verband werden und folgende Epigenlöhne für die laufende Lohnwoche mitgeteilt:

Herrenmacherbranche: Affordlohn in Klasse I u. 2 76 930 M. pro Stunde. Die Staffeln der Klassen betragen 1790 M., demnach für Klasse 3 75 230 M. und Klasse 4 73 330 M. Die Berechnung der übrigen Positionen erfolgt prozentual wie bisher. Damenmacherbranche: Stundenlohn 79 950 M.

Herrenkonfektion: Wochenlohn für Werkstattarbeiter 3 297 470 M. Der Leistungszuschlag erhöht sich auf 5 916 400 Proz. (das 51 165fache).

Knaben- und Waisenkonfektion: Leistungszuschlag 5 908 000 Proz. (das 59 081fache).

Damenkonfektion: Wochenlohn für Kleidermacher, Wägler, Stepper 3 895 000 M. Zuschläge auf die Stücklöhne des weißen Tarifs 2 907 500 Proz., des braunen Tarifs 581 420 Proz.

Die Lohnbewegung der Ofenseher ist beendet. Die Löhne betragen für die Woche vom 29. Juli bis 1. August 40 000 M. pro Stunde und in der Woche vom 2. bis 8. August 71 000 M.

Für die Angestellten der chemischen Industrie hat laut Abkommen in der Woche vom 6. bis 11. August eine einmalige Zahlung in Höhe von 25 Proz. des tariflichen Juliessaltes an alle Angestellten zu erfolgen, ebenso auch der sozialen Zulagen. Von den auszahlenden Beträgen werden 10 Proz. für Abzüge einbehalten, die in der ersten Septemberwoche zur Verrechnung gelangen.

Die Hamburger Kalarbeiter haben den Schiedsspruch der Bezirkschiedsstelle mit 2566 gegen 1489 Stimmen angenommen und nehmen heute die Arbeit wieder auf.

Das Ende des Hochseilwerksstreiks kann nach einer fast zehnwöchigen Streikdauer verzeichnet werden. Das Ergebnis der Einigungsverhandlungen ist von beiden Seiten anerkannt.

Funktionärversammlungen!

Dienstag, den 14. August, 6 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24—25, Saal 4. — Mittwoch, den 15. August, 6 1/2 Uhr, Germania-Grachtstraße, Chausseestraße 116.

Thema in beiden Versammlungen: „Die Gefahren der Krankenversicherung durch einen angeblichen Vertrag.“ Referent Genosse Schunke, Geschäftsführer des Krankenkassenverbandes.

Wir haben zwei Versammlungen einberufen, um den Funktionären und Mitgliedern des B.S.B.D. Gelegenheit zu geben, sich über die Bedeutung der Funktionäre und die Aufgaben der Funktionäre zu informieren. Wir bitten die Funktionäre, sich rechtzeitig zu beteiligen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsverband Berlin.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung.

Eintrittskongress. Arbeitsaufnahme im gesamten Betriebe heute (Fr. u. Sa.). — Der Betriebsrat.

Angestellte des Siemens-Kongresses. Heute vormittag 10 1/2 Uhr Kongressversammlung im Vergnügungspark, Jungfernheide. Arbeitsaufnahme? Streikspalten haben, wie vereinbart, ihre angewiesenen Plätze eingenommen. — Streikleitung Siemens-Kongress.

Arbeiter und Angestellte der Firma G. Zaerns. Heute vormittag 11 Uhr Versammlung im Ritzpark, Tempelhofer Feld, Ritzparkstraße. — Der Angestelltenrat.

Verband der Buchbinder und Papiererarbeiten. Heute abend 7 Uhr im Bureau des Gewerkschaftsbundes, Engelstr. 24—25, Zimmer 39—40, wichtige Besprechung aller in Buchdruckereien beschäftigten Funktionäre. Erscheinen aller ist Pflicht.

Deutscher Holzarbeiterverband. Achtung, Kalarbeiter! Morgen, Donnerstag, 6 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 20, Vorstanderversammlung. — Die Vorstanderversammlung.

Zigarettenindustrie. Morgen, Donnerstag, 4 Uhr, bei Schulz, Elisabethstraße 20, Sitzung sämtlicher Betriebsräte der Zigarettenindustrie. Stellungnahme zum Schiedsspruch. — Der Vorstand.

Mitgliederversammlung aller Angestellten der chemischen Industrie Freitag 7 1/2 Uhr in den Druckereifabrik, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Berichtserstattung über die Tarifverhandlungen vom 9. August.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Ernst Gatzert, Berlin; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Klotz, Berlin; Familien: A. D. Fischer, Wilmersdorf; Soziales und Entlohnung: Walter Trajan, Schöneberg; Angelegenheiten: B. Gieseler, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Dienstag 1. Seite.

Theater, Lichtspiele usw.

Deutsches Th. 7 1/2 Uhr: Schnelder Wibel Kammerspiele 7 1/2 Uhr Die Blüthe der Pandora Gr. Schauspielhaus 8 Uhr Die Weber Theater l. d. Königsgrätzer Str. s. Der wunderl. Ge- schichten II. Teil Kreisl. Eckfenster	Volksbühne 7 1/2 Uhr: Madame Butterfly. Lessing - Th. Gastspiel für 1. Stufe des Königl. Theater-Theater: 8 Uhr: Prinzessin Turandot Do. 7 U. zum 1. Male Redlichkeit ist gut, Glück ist besser Theater des Ostens (Rosa-Theater) 7 1/2 U.: Die Dame mit der Maske	Deutsch. Opernhaus Abends 7 1/2 Uhr: Der Günstling der Zarin Gr. Volkoper im Theater d. Westens 5: Barbier v. Sevilla Intimes Theater 8: Diplomat im Dienst D. blaue Pyjama etc. Metropol-Theater 8 U.: Die Schöne der Frauen Vorverk. ununterbr. Neues Theat. a. Zoo 8 Uhr: Der Leibkutscher d. Pridericus Rex Schiller-Th. Charl. + U.: S. S. Susi Th. a. Mollendorpl. 19 1/2: Mein Freund — der Lokal	Trianon-Th. Tägl. 8 Uhr: Eigentlich eine reizende Frau Central-Theater Gastspiel des Schauspieler-Th. 8 Uhr: Die Räuber Granach, George. Casino-Theater Wiedereröffnung Freitag, 10. Aug. Reichshallen-Th. 7 1/2 U. 7 1/2 Uhr Stettin. Sänger Th. a. Körb. Tor Tägl. 7 1/2 Uhr ELITE Sänger im Ausgast- Programm 8. u. 9. U. J. J. J. mit 7 Personen
--	---	--	--

Kleines Th. Residenz-Th.

Tägl. 8 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung
Tägl. 8 Uhr: Die Entlassung
LUNAPARK
Ab 3 Uhr voller Betrieb
Tägl. „Aero-Star“, 60 g. Luftballon & Wolke
Rennen zu Karlshorst
Mittwoch, den 8. August,
nachm. 3 Uhr.

Die Abtreibung der Leibbestrucht

von Universitäts-Professor
A. Großhahn
und G. Radbruch
Wichtig für
Chastete, Kerze
und Gebarmen
Preis-Grundzahl
M. 0,10
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

Wir kaufen auch kleine Posten ausgekämmte
Frauenhaare
einwandfreie Ware, und zahlen heute
bis **M. 600 000** für das kg
für graue ein Drittel
Haarverwertung A.-G., Belle-Alliance-Pl. 12
Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus
Erna Mosch
Handelsgerichtlich eingetr. Firma
Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden,
Uhren, Gold- und Silberbruch
Lützow 2760 Potsdamer Str. 118

Größte Eile geboten!

Wir verkaufen, soweit Vorrat reicht

noch billig!!

Neue Eingänge teilweise
bis 500 Prozent teurer!

Hochelegante Seal-, Electricmäntel, Katzen-, Fohlen-, Kanin- u. Slinksjacksen, Pa. Wollplüsch-, Krimmer- und Astrachanmäntel, wundervolle Modellkostüme, Röcke, Donegal-, Covercoat-, Eskimomäntel in verschied. Farben, Velour de laine-, Gabardinmäntel, schwarz und blau.

Simon Westmann

Damenkonfektion und Trauermagazin
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

